

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 8. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 2. Dezember 2009

#### Inhalt:

<b>Tagesordnungspunkt 1:</b>		Petra Merkel (Berlin) (SPD) .....	526 C
<b>Eidesleistung der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend</b> ...	523 A	Eckart von Klaeden, Staatsminister BK .....	526 D
Präsident Dr. Norbert Lammert .....	523 A	Priska Hinz (Herborn) (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	527 A
Dr. Kristina Köhler, Bundesministerin BMFSFJ .....	523 B	Eckart von Klaeden, Staatsminister BK .....	527 A
<b>Tagesordnungspunkt 2:</b>		Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	527 B
<b>Befragung der Bundesregierung: Gemeinsame Eckpunkte von Bund, Ländern und Kommunen zur Errichtung einer deutschen Digitalen Bibliothek; weitere Fragen zur Kabinettsitzung</b> .....	523 D	Eckart von Klaeden, Staatsminister BK .....	527 D
Bernd Neumann, Staatsminister BK .....	524 A	Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	527 D
Dr. Petra Sitte (DIE LINKE) .....	525 A	Eckart von Klaeden, Staatsminister BK .....	528 A
Bernd Neumann, Staatsminister BK .....	525 A	Alexander Ulrich (DIE LINKE) .....	528 A
Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	525 B	Eckart von Klaeden, Staatsminister BK .....	528 A
Eckart von Klaeden, Staatsminister BK .....	525 B	Dr. Barbara Höll (DIE LINKE) .....	528 C
Dr. Barbara Höll (DIE LINKE) .....	525 C	Eckart von Klaeden, Staatsminister BK .....	528 D
Eckart von Klaeden, Staatsminister BK .....	525 D	Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) (zur Geschäftsordnung) ..	529 A
Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	525 D	Bernhard Kaster (CDU/CSU) (zur Geschäftsordnung) .....	529 A
Eckart von Klaeden, Staatsminister BK .....	526 A	<b>Tagesordnungspunkt 3:</b>	
		<b>Fragestunde</b> (Drucksachen 17/83, 17/104) .....	
			530 A

Antwort			
Hans-Joachim Otto, Parl. Staatssekretär BMW	552 C		
Zusatzfragen			
Gerold Reichenbach (SPD)	552 D		
<b>Zusatztagesordnungspunkt 1:</b>			
<b>Aktuelle Stunde</b> auf Verlangen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: <b>Durchwinken des SWIFT-Abkommens durch die Bun- desregierung und Umgehung des Europäi- schen Parlaments</b>	553 B		
Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	553 B		
Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU)	554 C		
Dr. Eva Högl (SPD)	556 A		
Gisela Piltz (FDP)	557 B		
Petra Pau (DIE LINKE)	559 A		
Dr. Thomas de Maizière, Bundesminister BMI	559 D		
Gerold Reichenbach (SPD)	561 B		
Christian Ahrendt (FDP)	562 C		
Josef Philip Winkler (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	563 C		
Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU)	564 C		
Christine Lambrecht (SPD)	565 D		
Manfred Kolbe (CDU/CSU)	567 A		
Clemens Binninger (CDU/CSU)	567 D		
Nächste Sitzung	569 C		
<b>Anlage 1</b>			
Liste der entschuldigten Abgeordneten	571 A		
<b>Anlage 2</b>			
Mündliche Frage 3 Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE)			
<b>Etwaige Bonuszahlungen an Manager von BWI Informationstechnik GmbH</b>			
Antwort Christian Schmidt, Parl. Staatssekretär BMVg	571 B		
<b>Anlage 3</b>			
Mündliche Frage 4 Andrej Hunko (DIE LINKE)			
<b>Flexibilisierung der Einsatzregeln für die EU-Battle-Group</b>			
Antwort Christian Schmidt, Parl. Staatssekretär BMVg	571 D		
<b>Anlage 4</b>			
Mündliche Fragen 7 und 8 Maria Anna Klein-Schmeink (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)			
<b>Vorschlag des Patientenbeauftragten der Bundesregierung zu anerkannten Patien- tenselbsthilfegruppen; Auskunftspflicht und Dienstleistungsfunktion von Patien- tselbsthilfegruppen</b>			
Antwort Daniel Bahr, Parl. Staatssekretär BMG	571 D		
<b>Anlage 5</b>			
Mündliche Frage 9 Ulrike Höfken (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)			
<b>Umsetzung der Leitlinien zur Umsetzung des Art. 5.3 des WHO-Rahmenüberein- kommens zur Eindämmung des Tabak- gebrauchs</b>			
Antwort Daniel Bahr, Parl. Staatssekretär BMG	572 A		
<b>Anlage 6</b>			
Mündliche Frage 13 Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)			
<b>Etwaige Durchführung des in Viareggio entgleisten Güterwaggons von Strecken in Deutschland</b>			
Antwort Enak Ferlemann, Parl. Staatssekretär BMVBS	572 C		
<b>Anlage 7</b>			
Mündliche Frage 14 Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)			
<b>Auswirkungen der Güterzugkatastrophe im italienischen Viareggio und der fest-</b>			

**(A) Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Nächster Redner ist der Kollege Manfred Kolbe für die CDU/CSU-Fraktion.

**Manfred Kolbe (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vertreter der Arbeitsgruppe Finanzen meiner Fraktion interessieren sich in dieser Debatte insbesondere für folgende Aspekte: Wie sehen die Finanzwirtschaft und die Banken, aber auch die übrige Wirtschaft das SWIFT-Abkommen? Man muss zugeben, dass sich ihre Vertreter eindeutig geäußert haben. Ich zitiere den Zentralen Kreditausschuss, der am Montag mitteilte: Wir bedauern die heute in Brüssel übereilt getroffene Entscheidung über die Weitergabe von Bankkundendaten an die USA. Die datenschutzrechtlichen Bedenken sind damit nicht gelöst. Die USA können damit weiter auf Bankdaten europäischer Bürger zugreifen. Das EU-Parlament hätte in die Entscheidung einbezogen werden müssen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Übergangsabkommen nach den neun Monaten wieder aufgeschnürt und neu verhandelt wird.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dem ist wenig hinzuzufügen, Herr Kollege!)

Auch die deutsche Wirtschaft hat ihre Befürchtungen. Ich zitiere den Hauptgeschäftsführer des BDI, Werner Schnappauf:

**(B)** Wir warnen vor der Gefahr, dass Unternehmen ausspioniert werden. ... Aus dem Zahlungsverkehr von Unternehmen lassen sich Rückschlüsse auf Märkte, Vertragspartner und Geschäftsvolumina ziehen.

Man muss klar sagen: Diese Bedenken der Banken und der Wirtschaft müssen wir ernst nehmen.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vorher hätten Sie sie ernst nehmen sollen!)

Wahr ist aber auch – das haben schon einige Vorredner gesagt –: Erstens. Dieses SWIFT-Abkommen ist besser als kein Abkommen. Das sieht auch die Kreditwirtschaft so.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Gerold Reichenbach [SPD]: Das stimmt nicht!)

Seit 2001 haben die amerikanischen Behörden Kontodaten europäischer Bürger abgerufen, ohne dass hierzulande irgendeine staatliche Stelle Einfluss auf den Umgang mit diesen Daten hatte. Meine Damen und Herren von den Grünen, 2001 waren Sie an der Regierung. Auch wenn der Server damals in den USA stand, hätten Sie das innerhalb Ihrer Regierung thematisieren können. Das haben Sie nicht getan. Wir thematisieren das heute.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wussten wir nicht! Das haben sie heimlich getan! Sie haben das damals als Op-

position auch nicht thematisiert, weil es heimlich geschah!)

**(C)**

Zweitens. Es ist gemeinsames Anliegen Europas und der USA, den internationalen Terrorismus zu bekämpfen. Das Abkommen enthält deshalb erstmals eine umfassende Zweckbindung an die Terrorismusbekämpfung und effektive Missbrauchsvorkehrungen, und das ist richtig so. Künftig wird deshalb die Datennutzung an enge Tatbestandsvoraussetzungen gebunden. Abfragen aus der Datenbank des US-Finanzministeriums sind nur noch zu Personen zulässig, die aufgrund vorliegender Informationen im Verdacht auf Verbindung mit dem Terrorismus stehen. Weitergehendes, etwa eine Rasterauswertung, ist unzulässig.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das ist ein Erfolg!)

– Das ist auch ein Erfolg des Interimsabkommens.

Drittens. Es handelt sich um ein Interimsabkommen für neun Monate. Diese neun Monate müssen wir nutzen, um ein besseres Abkommen auszuhandeln. Dafür gelten dreierlei Aspekte.

Erster Aspekt. Sicherheit und Freiheit gehören in einer offenen Gesellschaft untrennbar zusammen. Deshalb stehen bei der Aufdeckung und Verfolgung der Finanzierung terroristischer Straftaten die Bürgerrechte nicht zur Disposition.

Zweiter Aspekt. Das gilt auch für den Schutz sensibler Bankdaten. Vertrauliche Finanztransaktionen bilden die Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung. Es muss sichergestellt sein, dass die Gefahr von Wirtschafts- und Industriespionage ausgeschlossen wird.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie denn?)

Dritter Aspekt. Wir brauchen eine substantielle Beteiligung des Europäischen Parlaments und der nationalen Gesetzgebungsorgane sowie ein transparentes Verfahren, in dem all diese Punkte erörtert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In diesem Sinne werden wir uns sowohl in der Arbeitsgruppe Finanzen als auch in der Fraktion einsetzen.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**(D)****Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Letzter Redner in dieser Debatte ist nun der Kollege Clemens Binniger für die CDU/CSU-Fraktion.

(Gerold Reichenbach [SPD]: Bis jetzt hat noch kein Redner begründet, warum es richtig war, was de Maizière gemacht hat!)

**Clemens Binniger (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Sinn und Zweck dieses Abkommens ist es, die Finanzierung des Terrorismus aufzudecken und ihn zu bekämpfen. Heute Nachmittag